

**Jahreskonferenz  
der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder  
vom 19. - 21. Oktober 2022 in Hannover**

**Beschluss**

**Important Projects of Common European Interest (IPCEI)**

Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder fassen folgenden Beschluss:

1. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder bekräftigen den Beschluss der Chefinnen und Chefs der Senatskanzleien der Länder vom 2. Juni 2022, mit dem die hohe strategische Bedeutung der IPCEI-Projekte für wichtige Schlüsseltechnologien und strategische Wertschöpfungsketten für Deutschland und Europa hervorgehoben und zugleich Abstimmungsbedarfe zwischen Bund und Ländern aufgezeigt werden.
2. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder betonen die Bedeutung der guten Abstimmung seitens des Bundes mit den Ländern für die Realisierung von IPCEI-Projekten. Sie begrüßen, dass hierzu auf Ebene der Wirtschaftsministerien von Bund und Ländern inzwischen ein Prozess zur Optimierung und Beschleunigung der Verfahren eingeleitet wurde und bitten um einen ersten Bericht zur Konferenz der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder mit dem Bundeskanzler am 8. Dezember 2022.
3. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder stellen fest, dass IPCEI-Projekte durch bürokratische Hürden und mangelnde Kommunikation der EU-KOM beim Vollzug der Förderung verzögert werden. Im Bereich Mikroelektronik zeigt sich dies besonders dadurch, dass formale Vorgaben für die Erstellung von Projektportfolios für die Pränotifizierung fehlen, Unklarheit über die Funktionsweise des angekündigten Rückforderungsmechanismus herrscht und eine Vielzahl von kleinteiligen Projektdarstellungen gefordert werden. Diese formalen Vorgaben zeigen eine Fokussierung auf den

europäischen Binnenmarkt, die den globalen Kontext und den geopolitisch strategischen Ansatz zur technologischen Souveränität Europas der IPCEI-Förderung außer Acht lässt. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder bitten die Bundesregierung, sich gegenüber der EU-KOM für einen schnellen und wirkungsvollen Bürokratieabbau beim Vollzug der IPCEI-Förderprojekte einzusetzen, und die Wirtschaftsressorts von Bund und Ländern, diesen Aspekt in ihre Beratungen einfließen zu lassen.

4. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder bedauern die Entscheidung der Bundesregierung, nicht am IPCEI Health teilzunehmen. Sie sehen darin einen erheblichen Nachteil im Wettbewerb nicht nur mit außereuropäischen Standorten, sondern auch mit den teilnehmenden Mitgliedstaaten. Sie stellen fest, dass mit dem IPCEI Health wichtige und zukunftsweisende Themen adressiert werden. Sie fordern die Bundesregierung auf, ihre Entscheidung zu überdenken und sich – wie im einstimmigen Beschluss der Wirtschaftsministerkonferenz gefordert – der Initiative von sechzehn Mitgliedstaaten für ein gemeinsames IPCEI Health anzuschließen.
5. Die Länder erkennen an, dass der Bund im Rahmen der Ko-Finanzierung bereits finanzielle Verantwortung für die Durchführung und das Gelingen von IPCEI-Projekten übernimmt. Sie nehmen zur Kenntnis, dass der Bund insoweit keine weiteren Spielräume für Anpassungen der Kofinanzierungsanteile sieht. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs sehen jedoch weiteren Beratungsbedarf hinsichtlich der Kostenaufteilung, insbesondere mit Blick auf Projekte, die ein besonders hohes Fördervolumen aufweisen, die nachträglich aufgestockt werden oder die aufgrund ihres kurzen zeitlichen Vorlaufs besondere fiskalische Herausforderungen darstellen. Sie bitten das Vorsitzland, das Thema zur Beratung in der gemeinsamen Konferenz mit dem Bundeskanzler am 8. Dezember 2022 anzumelden.